

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs

Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung des Wahlergebnisses	2
1.1. Die letzte schwarz-gelbe Landesregierung geht von Bord.....	3
1.2. Mögliche Koalitionspartner der CDU: SPD und Grüne	4
1.3. DIE LINKE: Oppositionsführerin bei wiederholt sinkender Zustimmung.....	5
1.4. Neu im Landtag: Die Alternative für Deutschland (AfD).....	7
1.5. Die NPD scheitert denkbar knapp	10
1.6. Die Wahlbeteiligung und Wahlberechtigte	10
2. Der Bundesrat nach der sächsischen Landtagswahl 2014	12
3. Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes - Schlussfolgerungen	13
3.1. Das Parteiensystem in Sachsen bis zur Landtagswahl	13
3.2. Der Landtagswahlkampf 2014.....	14
3.3. Der sanfte Verschleiß des Hegemons	17
3.4. Wähler/-innenmobilisierung und Wahlbeteiligung	19
4. Ergebnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	20
4.1. Zufriedenheit mit der Landesregierung.....	20
4.2. Politikerzufriedenheit und Parteienezufriedenheit.....	21
4.3. Wahlverhalten und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	22
4.4. Die wichtigsten Politikfelder und wahlentscheidenden Themen.....	23
4.5. Kompetenzzuschreibungen der Parteien.....	24
4.6. Wähler/-innenwanderungsbilanz	27
4.7. Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht	29
Wahlbericht / Die Autoren / Vorbehalt	30

1. Zusammenfassung des Wahlergebnisses

Tabelle 1: Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl Sachsen 2014 (Zweitstimmen)

	Landtagswahl 2014			Landtagswahl 2009			Veränderung		
	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate
Wahlberechtigte	3.375.734		126	3.510.336		132	134.602		-6
Wähler_innen	1.659.645	49,2		1.830.819	52,2			-3,0	
Gültige Stimmen	1.637.364			1.797.349					
CDU	645.344	39,4	59	722.983	40,2	58	-77.639	-0,8	1
LINKE	309.568	18,9	27	370.359	20,6	29	-60.791	-1,7	-2
SPD	202.370	12,4	18	187.621	10,4	14	14.749	2,0	4
FDP	61.847	3,8	-	178.867	10,0	14	-117.020	-6,2	-14
Grüne	93.852	5,7	8	114.963	6,4	9	-21.111	-0,7	-1
NPD*	81.060	5,0	-	100.834	5,6	8	-19.774	-0,6	-8
AfD	159.547	9,7	14	-	-	-	159.547	9,7	14
Sonstige	83.776	5,1	-	122.082	6,8	-	-38.306	-1,7	-

Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Darstellung / Die NPD wurde bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten **nicht** berücksichtigt, da der ungerundete Anteil der Listenstimmen bei 4,95% liegt.

Drei der fünf ostdeutschen Länder führen im Abstand von 14 Tagen Landtagswahlen durch. Während in Brandenburg die derzeit einzige rot-rote Landesregierung um Bestätigung für ihre Arbeit wirbt und in Thüringen erstmals ein linker Ministerpräsident ins Amt kommen könnte, kann die sächsische CDU auch nach der sechsten Landtagswahl im Freistaat den Ministerpräsidenten stellen.

Der Sächsische Landtag ist von einem Sechs-Parteien- zu einem Fünf-Parteien-Parlament geworden. Die FDP wurde deutlich, die NPD denkbar knapp hinausgewählt, die »Alternative für Deutschland« schaffte den Einzug in das erste Landesparlament deutlich.

Die schwarzgelbe Koalition wurde abgewählt, was insofern auch das »Verdienst« der CDU ist, also sie konsequent eine Leihstimmen-Kampagne zu Gunsten des kleinen Partners verweigerte. Schwarzgelb ist keine gesetzte Wunschkoalition mehr.

Die bereits bei der Bundestagswahl diagnostizierte Schwäche der Parteien links von der Union findet in Sachsen ihre Fortsetzung: Linke, SPD und Grüne verlieren zusammen etwa 10% ihrer Stimmen von 2009, ihr gemeinsamer Stimmenanteil sinkt von 37,4% auf 37%. Auch in Sachsen gilt, dass die schwindende Parteibindung, die Wechselbereitschaft der Wähler_innen, ihre politische Heimatlosigkeit keinen Vorteil für die Parteien links der Union mit sich bringt. Die parteipolitischen Lager in Sachsen zeigen sich erstaunlich stabil. Bewegung und Dynamik bis hin zu wahlpolitischen Verwerfungen finden im rechten politischen Spektrum, im Lager der vermeintlich »bürgerlichen« Parteien statt.

1.1. Die letzte schwarz-gelbe Landesregierung geht von Bord

Erwartungsgemäß bleibt die **CDU** mit Abstand stärkste Partei und wird auch weiterhin den Ministerpräsidenten stellen. Sie verliert zum dritten Mal in Folge und sinkt mit 39,4% auf ihr niedrigstes Ergebnis einer Landtagswahl im Freistaat. Gegenüber ihrem besten Landtagswahlergebnis (1999) büßt sie 17,5 Prozentpunkte ein, gegenüber 2009 gut 10 Prozentpunkte ihrer Stimmen ein.

Dies ist kein Verdienst der Mitte-Linksparteien ist, sondern der AfD. Eine Koalition mit der AfD hat die Bundes-CDU kategorisch ausgeschlossen. Das hat Gründe mit Blick auf die anstehenden Wahlen vor allem in Thüringen, es geht aber auch darum, durch die Distanz zur AfD weiterhin Druck auf die SPD ausüben zu können, die gleiche Distanz zur Linkspartei zu wahren.

Mit Ausnahme des Wahlkreises Leipzig 2 gewinnt die Union alle Direktmandate. Fünf Jahre zuvor gewann DIE LINKE noch einen Wahlkreis in Chemnitz, der nun ebenfalls an die CDU geht.

Durch das knappe Ausscheiden der NPD aus dem Landtag kann die CDU nun zwischen SPD, AfD und Grünen als Koalitionspartner entscheiden. Da Ministerpräsident Tillich ein Bündnis mit der AfD am Wahlabend ausschloss, werden voraussichtlich SPD und Grüne zu Sondierungsgesprächen eingeladen werden.

Der bisherige Koalitionspartner **FDP** wird nach dem Verlust der parlamentarischen Repräsentanz in Bayern und dem Bundestag im Herbst des vergangenen Jahres auch im sächsischen Landtag nicht mehr vertreten sein.

Der Einzug in das Europaparlament im Schlepptau anderer Kleinparteien konnte ebenso wenig wie der Versuch, sich von der Bundespartei abzusetzen für die sächsische FDP Rückenwind erzeugen. Zwanzig Jahre nachdem die Liberalen erstmals aus dem Landtag gewählt wurden, sind sie nun wieder außerparlamentarisch. Ob die parlamentarische Abstinenz wieder zehn Jahre dauert, oder ob die Partei überhaupt wieder in den Landtag einziehen kann, wird sich zeigen.

Denn das Ausscheiden der FDP aus dem Landtag beruht nicht allein auf der Stärke der AfD. Das Wahlverhalten der ehemaligen FDP zeigt in Richtung Abkehr von Politik und Wahlen, in Richtung nationalliberale und –konservative Wahlentscheidung (AfD, Union) und in Richtung sozial-liberale Wahlentscheidung.

Wie eine Rückkehr der FDP als liberale Partei aussehen könnte, ist unklarer denn je. Sie scheint nicht mehr gebraucht zu werden.

Die Liberalen sind seit dem sächsischen Wahlsonntag nur noch in 7 von 16 Landesparlamenten vertreten. Es ist nicht auszuschließen, dass sie zwei Wochen später sowohl Brandenburg als auch in Thüringen aus dem Landtag ausscheiden wird. Eine derart geringe Parlamentsrepräsentanz gab es zuletzt nach den Wahlen der Jahre 1999/2000, als die Partei ebenfalls in 11 Landtagen nicht vertreten war, aber immerhin in drei Landesregierungen.

Das Ausscheiden der FDP aus dem Landtag besiegelt auch das vorläufige Ende eines politischen Modells. Zum zweiten Mal seit 1971 gibt es in Deutschland weder auf Bundesebene noch in einem Bundesland eine schwarz-gelbe Koalition. Nachdem 1951 erstmals in Rheinland-Pfalz eine Regierung aus CDU und FDP gebildet wurde, amtierten für zwanzig Jahre konservativ-liberale Regierungen in Bonn, Berlin, Düsseldorf, Kiel, Mainz, Saarbrücken und Stuttgart. Erst sechs Jahre später bildeten beide Parteien im Saarland und in Hannover wieder Landesregierungen. Nach der Bundestagswahl 2009 regierten Union und Liberale sowohl im Bund als auch in sieben Landesregierungen (BW, BY, HE, NI, NW, SH, SN) – so viel schwarz-gelb war nie zuvor und danach.

1.2. Mögliche Koalitionspartner der CDU: SPD und Grüne

Die **SPD** erreicht bei dieser Landtagswahl 12,4% und verbessert sich auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Sie bleibt weiterhin der sozialdemokratische Landesverband mit den notorisch schlechtesten Landeswahlergebnissen und einer enormen Diskrepanz zwischen den Ergebnissen bei Landtags- und Bundestagswahlen.

Während die Partei bei den seit 1990 im Freistaat durchgeführten Bundestagswahlen ein Ergebnis von durchschnittlich 22,9% verbuchen kann, erreicht sie bei den Landtagswahlen seit 1990 mit 10,6% weniger als die Hälfte der sächsischen Bundesergebnisse.

Bezogen auf die einzelnen Wahlen nähern sich die Ergebnisse zwischen Bundestags- und Landtagswahl hingegen an. Das Landtagswahlergebnis 2014 liegt mit 2,2 Prozentpunkten vergleichsweise nahe am Bundestagswahlergebnis 2013 der SPD in Sachsen (14,6%).

Trotz dieser strukturellen Schwäche im Parteienwettbewerb könnte die Partei die Gelegenheit erhalten, zum zweiten Mal mit der CDU die Landesregierung zu stellen.

Die 12,4% sind kein Anzeichen für eine sozialdemokratische Renaissance im Freistaat. Aber mit Martin Dulig verfügt die Partei über einen Landesvorsitzenden, der seinen Bekanntheitsgrad enorm gesteigert hat. Auch werden der SPD wieder deutlich höhere Vertrauenswerte auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs zugeschrieben – die sie bisher nicht in eine entsprechende Stimmensteigerung umsetzen kann.

Den **Grünen** gelingt zum dritten Mal in Folge der Einzug in den Landtag. Trotz Stimmenverlusten könnten sie – erfolgreiche Sondierungen mit der CDU vorausgesetzt – zum Königsmacher der sächsischen Landespolitik werden.

Während eine Koalition mit der CDU innerhalb der SPD wenig umstritten ist, dürfte innerhalb des grünen Landesverbandes die Debatte über ein Zusammengehen mit der CDU heftige Wellen schlagen. Bereits bei der Aufstellung der Landesliste hatte sich gezeigt, dass die eifrigste Befürworterin einer schwarz-grünen Landesregierung – die Spitzenkandidatin Antje Hermenau – alles andere als unumstritten ist.

Die Partei verliert jedoch fast ein Fünftel ihrer Stimmen von 2009. Schaut man auf die Wählerwanderung, dann liegt die Annahme nahe, dass das Liebäugeln mit einer schwarzgrünen Koalition Wähler zum Wechsel in Richtung SPD und Linke veranlasst haben könnte. Die innerparteilichen Richtungsdebatten werden spätestens nach den beiden kommenden Landtagswahlen zunehmen.

Die sächsische CDU regierte seit 2004 sowohl mit der SPD und der FDP, ohne dass der jeweilige Koalitionspartner in diesem Bündnis eine andere Funktion hatte als zur Mehrheitsbeschaffung zu taugen. So würde es auch den Grünen ergehen. Eine Regierungsbeteiligung würde weder die Eigenständigkeit im Parteienwettbewerb noch politische Souveränität beweisen – es wäre schlicht die Wahrnehmung einer Gelegenheit in einem Land, das zur grünen Peripherie zählt.

Für die **Regierungsbildung** in Sachsen sind zunächst Gespräche der Union mit SPD und Grünen zu erwarten. Die bundespolitischen Signale der Union, aber auch der SPD und der Grünen gehen in Richtung der Herausbildung eines neobürgerlichen Blocks regierender Parteien: Union, SPD und Grüne. Inwieweit diese drei Parteien zukünftig die Regierungsbildungen in Bund und Ländern unter sich aushandeln können und wollen, wird vermutlich an der Regierungsbildung in Thüringen entschieden, sofern das Wahlergebnis dort mehrere Optionen zulässt.

1.3. DIE LINKE: Oppositionsführerin bei wiederholt sinkender Zustimmung

Die sächsische Linkspartei ist und bleibt trotz Verlusten die zweitstärkste politische Kraft und größte Oppositionskraft im Freistaat.

Aus dieser Position heraus gelingt es ihr jedoch auch bei der sechsten Landtagswahl nach Wiedergründung des Landes nicht, Gestaltungsverantwortung in der Landesregierung wahrzunehmen. Sie bleibt damit zunächst der einzige ostdeutsche Landesverband der Partei ohne greifbare Regierungsoption.

Das linke Wahlziel, durch eigene Stärke die CDU unter die 40% zu drücken, war somit nicht zu erreichen.

Die Ablösung der CDU als »ewiger Regierungspartei« durch ein rot-rot-grünes Bündnis hatte sich durch die Schwäche der FDP bei der Bundestagswahl als obsolet erwiesen, da den potentiellen Rot-Rot-Grünen Partnern nun Optionen als kleinerer Partner der Union offen standen. Seitdem konnte es nur noch darum gehen, als »ewige Oppositionspartei« ein achtbares Ergebnis zu erzielen.

Dieses Szenario lag bereits der Aufstellung der Wahlstrategie und der Vorbereitung des Wahlkampfes zugrunde. Deshalb verzichtete die Partei auch – anders als in vorigen Wahlkämpfen darauf –, einen Ministerpräsidentenkandidaten zu benennen.

Gleichzeitig vermied die Partei einen Wahlkampf, der darauf abzielte, die Situation des Freistaates in den schwärzesten Farben zu zeichnen. Bereits bei früheren Wahlen hatte sich gezeigt, dass eine solche Strategie und Kommunikation – angesichts der großen Zufriedenheit in der Bevölkerung und der eigenen Wähler/-innenschaft mit der Landesregierung – nicht verfängt.

Stattdessen konzentrierte sich der Wahlkampf darauf, die politische Erstarrung im Land zu thematisieren, die aus einem Vierteljahrhundert CDU-Regierung zwangsläufig erwächst. DIE LINKE demonstrierte ihre Bereitschaft zum politischen Wechsel und lud SPD und Grüne dazu ein, sich an einem solchen Wechsel zu beteiligen resp. ihn langfristig zu ermöglichen.

Gleichzeitig betonte die Partei, dass nur die Wahl der LINKEN eine Garantie dafür sei, dass die CDU nicht weiter regieren könne, da die anderen Parteien letztlich potenzielle Koalitionspartner der Union seien.

In einerseits wie betonierte erscheinender politischer Asymmetrie zwischen der dominierenden CDU, zwei Mittelparteien, von denen eine groß (Linkspartei) und die andere klein ist (SPD) sowie mehreren Kleinparteien (von Grünen über FDP bis zu AfD und NPD) und bundespolitischen Rahmenbedingungen andererseits, in denen eine Proteststimmung wie 2004 oder ein politischer Hype der Linkspartei wie 2009 nicht bestand, war diese Strategie alternativlos. Sie ist jedoch auch politisch sinnvoll. DIE LINKE kann langfristig nur auf einen Abnutzungseffekt der CDU hoffen und muss für diesen Fall als glaubwürdige Alternative im Bündnis mit anderen politischen Kräften bereit stehen.

Bis dahin muss ihr Ziel darin bestehen, auf lokaler und regionaler Ebene die Union von der Macht abzulösen, also den Regierungswechsel von unten einzuleiten. Dass in der Landeshauptstadt kurz vor der Landtagswahl ein rot-grün-rotes Bündnis gemeinsam mit den Piraten im Stadtrat gebildet wurde, ist sinnfälliges Beispiel für ein solches Vorgehen.

Die Stärkung der Partei auf der lokalen Ebene ist darüber hinaus die einzige Gewähr für eine Umkehrung des Trends stetig absinkender Wahlergebnisse auf Landesebene.

Gemessen in absoluten Stimmen und ohne Berücksichtigung der geringen Wahlbeteiligung einerseits sowie der absolut gesunkenen Zahl der Wahlberechtigten andererseits, erreicht die Linkspartei ihr zweitschlechtestes Landtagswahlergebnis und das drittschlechteste Wahlergebnis im Freistaat überhaupt (ohne Kommunalwahlen).

Sie erringt das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig 2 erstmals, verliert jedoch die zuletzt 2004 und 2009 gewonnenen Wahlkreise Leipzig 3 und Chemnitz 4. Die 2004 errungenen Wahlkreise Leipzig 5 und Hoyerswerda (WK 55) konnten bereits 2009 nicht mehr verteidigt werden.

DIE LINKE hat gegenüber der Landtagswahl 2004 einen Anteil von 4,7% verloren. Sie bewegt sich prozentual auf einem Niveau unterhalb der Landtagswahl 1999. In absoluten Stimmen verlor die Partei seit 1999 insgesamt 170.749 Wähler/-innen, wobei hier die absolut gesunkene Zahl der Wahlberechtigten und die geringere Wahlbeteiligung nicht einbezogen sind. Dies entspricht rund 35,5% der Stimmen von 1999.

Tabelle 2: Zweitstimmenergebnisse der Partei DIE LINKE bei Wahlen in Sachsen

Landtagswahl 2014		Bundestagswahl 2013		Europawahl 2014	
Stimmen	in v.H.	in v.H.	in v.H.	Stimmen	in v.H.
309.568	18,9	467.045	20,0	296.853	18,3
Landtagswahl 2009		Bundestagswahl 2009		Europawahl 2009	
Stimmen	in v.H.	in v.H.	in v.H.	Stimmen	in v.H.
370.359	20,6	551.461	24,5	321.988	20,1
Landtagswahl 2004		Bundestagswahl 2005		Europawahl 2004	
Stimmen	in v.H.	in v.H.	in v.H.	Stimmen	in v.H.
490.488	23,6	603.824	22,8	367.196	23,5
		Bundestagswahl 2002			
		in v.H.	in v.H.		
		418.329	16,2		
Landtagswahl 1999		Bundestagswahl 1998		Europawahl 1999	
Stimmen	in v.H.	in v.H.	in v.H.	Stimmen	in v.H.
480.317	22,2	577.764	20,0	391.126	21,0
Landtagswahl 1994		Bundestagswahl 1994		Europawahl 1994	
Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.
339.619	16,5	427.692	16,7	397.430	16,6
Landtagswahl 1990		Bundestagswahl 1990			
Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.		
269.420	10,2	251.217	9,0		

Quelle: Statistisches Landesamt / Eigene Darstellung

Kurzum: Die sächsische Linkspartei hatte im Wahlkampf kein Strategie- oder Persönlichkeitsproblem, sondern ist konfrontiert mit

- generell absinkender Mobilisierungsfähigkeit der Partei in Ostdeutschland
- landespolitischen Rahmenbedingungen, die mit dominierender CDU und ohne Wechselstimmung einerseits sowie konfrontiert mit erfolgreichen rechtspopulistischen Protestparteien (AfD und NPD) andererseits ein Wachstum bei Wahlen äußerst erschweren
- im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern ungenügenden Möglichkeiten, ihre politische Gestaltungsfähigkeit in der Landesregierung oder auf kommunaler Ebene durch Landrätinnen und Landräte (vgl. Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen) oder Oberbürgermeister/-innen größerer Städte wie Schwerin oder Eisenach zu verdeutlichen.

Unter diesen Bedingungen erreichte sie ein achtbares Ergebnis – die strukturellen Probleme bleiben bestehen.

1.4. Neu im Landtag: Die Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD ist wie erwartet in den sächsischen Landtag eingezogen. Alle Prognosen, die ihr ein gutes bis sehr gutes Ergebnis voraussagten, sind eingetroffen.

Mit 14 Mandaten ist sie so stark wie die FDP, die fünf Jahre zuvor ebenfalls 10% erreichte und

wird mit 9,7% viertstärkste Partei im Landtag. Sie ist erstmals in einem Landesparlament vertreten. Sie nimmt einerseits die Funktion der »Denkzettel«- und Protestwähler-Partei ein, zeigt aber andererseits auch ein hohes Maß an überzeugten Wähler_innen aus dem wertkonservativen und rechten Wählerspektrum. Sie ist die eigentliche Wahlsiegerin, als ihrem Erfolg das Ausscheiden der NPD und die unter 40% der Union zu verdanken sind

Sachsen hat sich erneut als die Hochburg der AfD erwiesen. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 und bei der Europawahl im Mai erreichte die Partei im Freistaat ihre bundesweit besten Werte. Bei den drei landesweiten Wahlen in Sachsen, an denen die AfD teilnahm, erreichte sie durchschnittlich 160.530 Stimmen.

Tabelle 3: Ergebnisse der AfD bei Wahlen in Sachsen

Landtagswahl 2014		Europawahl 2014		Bundestagswahl 2013	
Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.
159.547	9,7	164.263	10,1	157.781	6,8

Quelle: Statistisches Landesamt / Eigene Darstellung

Der Wahlkampf der AfD war erkennbar darauf angelegt, Protestwähler/-innen ebenso zu gewinnen wie Stimmen aus dem Milieu von CDU, FDP und NPD. Zu diesem Zweck widmete sich das Wahlprogramm und der Wahlkampf der AfD denjenigen Themen, die im Spannungsfeld zwischen rechtskonservativ und rechtsextremistisch seit langer Zeit als Angstmacher en vogue sind.

Wie schon in der Vergangenheit, gab es auch im sächsischen Landtagswahlkampf Ähnlichkeiten bzw. Übereinstimmung bei den Wahlaussagen von NPD und AfD:

- "Asylantenheime, nein danke" (NPD) und "Asylbewerberstrom reduzieren" (AfD).
- „Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme“ (NPD und AfD)

Darüber hinaus finden sich folgende Forderungen aus dem Katalog der neuen und alten Rechten:

- Einführung von permanenten Personen- und Güterkontrollen an deutschen Außengrenzen
- Zeitliche Straffung von einfach gelagerten Strafverfahren, insbesondere zum Zweck erzieherischer Wirkung bei Jugendlichen und Heranwachsenden
- Ortsnahe Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen insbesondere für „die Grenzregionen mit zunehmender Kriminalitätsbelastung durch Diebstähle und Drogenschmuggel“
- Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten
- Keine doppelte Staatsbürgerschaft
- Kein Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Ausländer

Weitere Forderungen der AfD lauteten:

- „Der Freistaat Sachsen soll Richtlinien erlassen, wonach Anglizismen im amtlichen Sprachgebrauch zu meiden sind.“
- „Die parlamentarischen Vertreter in den Rundfunkräten sollen sich für einen deutlich höheren Anteil deutschsprachiger Titel an den Ausstrahlungen in Rundfunk und Fernsehen einsetzen“
- „Durch Sprachregelungen, Euphemismen und Sprechverbote wird versucht, eine in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte Weltsicht durchzusetzen und das kritische Denken einzuschränken. Wir wenden uns gegen derartige Vorgaben für den Gebrauch der Sprache in Ministerien, öffentlichen Einrichtungen und Medien.“
- „Unsere Nationalsymbole sollen im Unterricht erklärt werden. Das Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen soll wie in den USA selbstverständlich sein.“

Dass sich im Wahlprogramm auch homophobe Positionen wiederfinden, überrascht insoweit ebenso wenig, wie die Verneinung des Klimawandels.

Unter der Überschrift „Gegen eine Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule“ wird die Forderung aufgestellt: „Lehr- und Lehrbuchinhalte haben sich an der Lebenswelt von Mehrheiten zu orientieren, nicht an der von Minderheiten. Gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie „Gender Mainstreaming“ lehnen wir ebenso ab wie scheinbar geschlechterneutrale Bezeichnungen (...). Damit wird – ideologisch motiviert - das grammatische Geschlecht mit dem biologischen gleichgestellt. Insbesondere ist einer indoktrinären Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrplaninhalte entgegenzuwirken.“

„Die aktuelle Energiepolitik Deutschlands orientiert sich an frei erfundenen und längst widerlegten Klimaprognosen. (...) Das Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung ist politisch festgesetzt. Es ist Ausdruck einer Öko-Religion, lässt sich aber nicht wissenschaftlich begründen. Kohlendioxid ist für das Pflanzenwachstum notwendig. Seine Verächtlichmachung als Treibhausgas verstellt den Blick auf echte Umweltverschmutzung.“

Nicht zuletzt plädiert die sächsische AfD für das sogenannte Familienwahlrecht, bei dem „Das Wahlrecht minderjähriger Kinder (dergestalt) wahrgenommen (wird), indem die Stimme des Kindes bis zur Vollendung von dessen 16. bzw. 18. Lebensjahr jeweils von den Erziehungsberechtigten abgegeben wird.“

Gleichwohl ist auch die sächsische AfD weder eine Partei mit ausschließlicher Nähe zu Rechtsextremen noch ist sie nur rechtspopulistisch. In Übereinstimmung mit Alexander Häusler lässt sich festhalten: Die AfD ist „geprägt von drei politischen Strömungen und Milieus: einem marktradikalen, einem nationalkonservativen und einem deutlich rechtspopulistisch affinem Milieu. Es gibt eine auffällige inhaltliche Zustimmung aus Parteikreisen zu den Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin. Ein besonders Feindbild der AfD ist die so genannte Politische Korrektheit – die These, dass Medien und Politik vom angeblichen Diktat einer linksgestrickten ‚political correctness‘ beherrscht seien.“⁴

Die Wähler/-innenschaft der AfD dürfte sich bisherigen Erkenntnissen nach am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichen lassen. Zu diesem Ergebnis kommen zumindest Beobachtungen sowohl von Forsa² als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im Landtag saßen.

In den neuen Ländern gelang es der Schönhuber-Partei damals nicht, sich parlamentarisch zu etablieren – von ihrem Niedergang profitierte einerseits die NPD, die jedoch für den bür-

¹ <http://www.boell-thueringen.de/de/2014/03/14/die-alternative-fuer-deutschland-eine-rechtspopulistische-partei>

² <http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html>

gerlichen Teil des Republikaner-Lagers unwählbar war. In diese seitdem bestehende Lücke stößt nun die AfD.

In 28 der 60 Landtagswahlkreise erreicht die AfD ein Zweitstimmenergebnis oberhalb des Landeswerts von 9,7%. In Bautzen 5 erreicht die Partei mit 14,8% ihren höchsten Wert, gefolgt von den Görlitzer Wahlkreisen 3 und 2 mit 14,6% bzw. 13,8%.

Da verschiedentlich darauf hingewiesen wurde, dass die Hochburgen der AfD bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 Schnittmengen zu den Hochburgen sowohl der NPD als auch der FDP aufgewiesen hätten, werden nachfolgend die fünfzehn besten Landtagswahlkreise der AfD aufgeführt und mit den jeweiligen Ergebnissen der NPD und der FDP verglichen.

Infratest-dimap hatte die sächsischen Wahlkreise 2009 sechs Regionen zugeordnet: West-erzgebirge/Vogtland, Chemnitz/Oberes Erzgebirge, Leipzig/Nordsachsen, Dresden/Ost-erzgebirge, Oberlausitz/Niederschlesien, Grenzregion zu Polen/Tschechien.

Werden diese Regionsbeschreibungen zugrunde gelegt, liegen die Hochburgen sowohl der AfD als auch der NPD in der Oberlausitz/Niederschlesien sowie der Grenzregion zu Polen/Tschechien (vgl. Tab.).

Tabelle 4: Hochburgen der AfD bei der LTW 14 im Vergleich zu NPD und FDP

Wahlkreis	Rang-Nr.	Anteil AfD	Rang-Nr.	Anteil NPD	Rang-Nr.	Anteil FDP
Bautzen 5	1	14,8	1	10,9	32	3,7
Görlitz 3	2	14,6	18	5,7	8	4,4
Görlitz 2	3	13,8	29	5,1	20	4,0
Bautzen 1	4	13,2	4	8,4	33	3,7
Görlitz 4	5	12,7	13	5,8	14	4,2
Meißen 2	6	12,3	5	7,1	26	3,9
Meißen 3	7	12,1	23	5,2	4	4,7
Görlitz 1	8	11,7	19	5,6	39	3,5
Vogtland 2	9	11,6	27	5,1	35	3,6
Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge 4	10	11,5	2	9,9	3	4,8
Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge 2	11	11,5	8	6,5	12	4,2
Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge 1	12	11,5	17	5,7	23	3,9
Erzgebirge 3	13	11,3	11	6,0	47	3,3
Vogtland 1	14	11,2	33	4,7	37	3,5
Erzgebirge 4	15	11,2	14	5,8	44	3,4

Quelle: Statistisches Landesamt / Eigene Darstellung

Ein Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der AfD und NPD lässt sich insoweit sowohl auf der regionalen Ebene feststellen als auch in möglichen Stimmenverschiebungen von der NPD zur AfD. Denn während die NPD in den Wahlkreisen Bautzen 5 und 1 gegenüber 2009 noch zulegen kann, verliert sie am stärksten in den Görlitzer Hochburgen der AfD und zwar: Görlitz 1 (-3,0%), Görlitz 2 (-2,3%), Görlitz 3 (-2,2%), Görlitz 4 (-1,0%). Aber auch in Meißen 2 und 3, wo die AfD starke Ergebnisse erzielt, muss die NPD Federn lassen (-1,4% bzw. -1,6%). Dasselbe gilt für die Wahlkreise Erzgebirge 3 und 4, wo die NPD 1,5 bzw. 2 Prozentpunkte verliert.

Ein vergleichsweise erkennbarer Zusammenhang zwischen den wahlkreisbezogenen Listenstimmenergebnissen zwischen AfD und FDP ist nicht zu erkennen.

1.5. Die NPD scheitert denkbar knapp

Die **NPD** ist nach einer Zitterpartie und mit 808 fehlenden Stimmen denkbar knapp am dritten Landtagseinzug in Folge gescheitert.

Das Wahlergebnis ist zwar objektiv eine Niederlage für die Partei, die insbesondere die veritablen finanziellen Probleme erschweren wird. Deutlich wird jedoch auch, dass alle Beobachtungen einer gefestigten rechtsextremen Wähler/-innenschaft der Partei bestätigt werden.

Die NPD erreicht bei den Wähler/-innen unter 30 einen Anteil von 10% und bei den über 60-Jährigen mit 9%. Diese Werte liegen rund doppelt so hoch als das Ergebnis für die Partei über alle Altersgruppen. Auch bei Arbeitslosen und Arbeitern reüssiert die Partei mit 11%.

Gegenüber der Landtagswahl 2009 kann die Partei in 14 von 60 Wahlkreisen prozentual zulegen. Darunter am stärksten in Bautzen 5 und Bautzen 1.

Ihre fünf besten Ergebnisse erzielt die Partei in folgenden Wahlkreisen:

- Bautzen 5: 10,9% (+3,9%),
- Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 4: 9,9% (-0,2%)
- Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 3: 8,7% (+0,7%)
- Bautzen 1: 8,4% (+1,8%)
- Meißen 2: 7,1% (-1,4%).

Am schlechtesten schneidet sie in den großen Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz sowie in Zwickau ab, wo sie überwiegend unter dem Landesergebnis liegt.

1.6. Die Wahlbeteiligung und Wahlberechtigte

Die Wahlbeteiligung erreichte bei dieser Landtagswahl mit 49,2% ihren historischen Tiefstand. Gegenüber der ersten Landtagswahl nahm sie um 23,6 Prozentpunkte und gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl um 3,0 Prozentpunkte ab (vgl. Tab.).

Tabelle 5: Wahlbeteiligung und –berechtigte bei Landtagswahlen in Sachsen seit 1990

LTW 2014		LTW 2009		LTW 2004	
Wahlberechtigte	Wahlbeteil. in v.H.	Wahlberechtigte	Wahlbeteil. in v.H.	Wahlberechtigte	Wahlbeteil. in v.H.
3.375.734	49,2	3.510.336	52,2	3.554.542	59,6
LTW 1999		LTW 1994		LTW 1990	
Wahlberechtigte	Wahlbeteil. in v.H.	Wahlberechtigte	Wahlbeteil. in v.H.	Wahlberechtigte	Wahlbeteil. in v.H.
3.592.456	61,1	3.586.160	58,4	3.709.210	72,8

Quelle: Statistisches Landesamt / Eigene Darstellung

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegenüber der LTW 2009 um 134.602 Personen und gegenüber 1990 um 333.476 Personen reduziert.

Der neue Sächsische Landtag ist von weniger als der Hälfte der Wahlberechtigten gewählt worden. Mit 49,2% erreichte die Wahlbeteiligung einen historischen Tiefstand bei Landtagswahlen in Sachsen, war aber genauso hoch wie bei der Wahl zum Europäischen Parlament.

Am Wahlabend wurde vielfach die Ferienzeit (der Wahlsonntag war der letzte Tag der Sommerferien in Sachsen) genannt. Dieses Argument vermag nicht zu überzeugen: Wäre der Wahlausgang offen gewesen, hätte es im Wahlkampf eine thematische Profilierung oder einen tatsächlichen Kampf um die Macht gegeben, die Wahlbeteiligung wäre deutlich höher ausgefallen.

Tatsächlich war der Wahlausgang absehbar. Mit 79% der Befragten schätzten die wirtschaftliche Lage so viele Sachsen und Sächsinen wie noch bei keiner Landtagswahl die wirtschaftliche Lage als gut ein (2009: 38%; 2004: 26%; 1999: 40%) (Infratest dimap). 75% betrachten die wirtschaftliche Lage in Sachsen als besser denn in den anderen ostdeutschen Ländern (Forschungsgruppe Wahlen- FGW). Es gab kein alle anderen Themen überragendes Wahlkampfthema und, wie bereits erwähnt, keine Alternative zu weiteren fünf Jahren CDU-Regierung und Ministerpräsident Tillich. Weder die Aussicht auf Veränderung noch die notwendige Verteidigung bestehender Machtpositionen konnte eine besondere Mobilisierungswirkung entfalten.

So verloren alle Parteien im Saldo – bis auf die Grünen – Stimmen an die Wahlenthalter. Allein die neue Partei AfD konnte vormalige Nichtwähler mobilisieren.

Betrachtet man die Gesamtkonstellation der sächsischen Landtagswahl, so ließe sich die sinkende Wahlbeteiligung sowohl als Ausdruck einer allgemeinen Zufriedenheit mit dem Gang der Dinge im Land als auch als Resultat Ohnmacht der Oppositionsparteien interpretieren: eine Partei, die CDU regiert schon (zu) lange, aber eine Ablösung ist immer noch nicht in Sicht.

Die Legitimität der gewählten Abgeordneten ficht die niedrige Wahlbeteiligung formal nicht an. 86,2% der abgegebenen gültigen Stimmen sind im neuen Sächsischen Landtag durch Mandate repräsentiert, knapp 14% sind nicht repräsentiert, wie bei der Bundestagswahl Stimmen, die mehrheitlich aus dem rechten politischen Spektrum kommen. Die Abgeordneten im neuen Landtag repräsentieren 41,8% der Wahlberechtigten, eine neue sächsische Landesregierung aus CDU und SPD könnte sich auf die aktive Zustimmung von gerade einmal einem Viertel der Wahlberechtigten berufen.

2. Der Bundesrat nach der sächsischen Landtagswahl 2014

In der Länderkammer kann sich die auf Bundesebene regierende Große Koalition aus Union und SPD derzeit auf 27 von 69 Stimmen stützen, sofern die beiden Länder mit absoluter Mehrheit von CSU (Bayern) und SPD (Hamburg) zu diesem Block gerechnet werden. Ohne diese beiden Länder verfügt die Große Koalition über 18 Länderstimmen.

Länder mit Regierungen aus SPD und Grünen umfassen 25 Stimmen, zählt man Schleswig-Holstein mit dem Koalitionspartner SSW hinzu, sind es 29 Stimmen. Zuzüglich des rot-rot regierten Brandenburg kommt dieser Block auf 33 Stimmen.

Ob die Ländergruppe mit Großen Koalitionen durch ein schwarz-rotes Regierungsbündnis in Dresden gestärkt wird oder die hessische schwarz-grüne Koalition Zuwachs erhält, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

Sicher ist in jedem Falle, dass es auf absehbare Zeit keine schwarz-gelbe Koalition mehr auf Landesebene in Deutschland gibt. Diese Farbengruppe verschwindet damit vorläufig auch im Bundesrat.

Tabelle 6: Bundesratszusammensetzung bis zur LTW Sachsen 2014

Land	Stimmen	GroKo	Union allein	CDU + FDP	CDU + Grüne	SPD allein	SPD + Grüne	SPD + LINKE	SPD + Grüne +SSW
BAW	6						6		
BAY	6		6						
BLN	4	4							
BRB	4							4	
HB	3						3		
HH	3					3			
HES	5				5				
MVP	3	3							
NDS	6						6		
NRW	6						6		
RLP	4						4		
SRL	3	3							
SAC	4			4					
SAN	4	4							
SWH	4								4
THÜ	4	4							
Gesamt	69	18	6	4	5	3	25	4	4

3. Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes - Schlussfolgerungen

3.1. Das Parteiensystem in Sachsen bis zur Landtagswahl

Von 1990 bis 2004 galt Sachsen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch als das Bayern des Ostens.

Unter der Regentschaft von Kurt Biedenkopf gelang es der sächsischen Union dreimal hintereinander die absolute Mehrheit zu erringen. Die bei den Landtagswahlen erzielten 58,1% (1994) und 56,9% (1999) sind in der Geschichte der CDU die beiden besten Landtagswahlergebnisse seit 1946.

Allein die Schwesterpartei CSU konnte bei den bayerischen Landtagswahlen 1974-1982 und 2003 höhere Zustimmungsraten erzielen. Aber ebenso wie das bayerische Vorbild musste die erfolgsverwöhnte Sachsen-CDU nach der Landtagswahl 2004 konstatieren, „*dass der oftmals beschworene Sachsenmythos wie eine Seifenblase zerplatzt ist. Mit dem historisch einmaligen Einbrechen bei dieser Landtagswahl ist klar, dass die sächsische Union keine CSU des Ostens ist.*“³

Die Landtagswahl vom 19. September 2004 konfigurierte das bis dahin stark asymmetrische sächsische Parteiensystem neu:

- Die CDU rutschte von 56,9% auf 41,1% ab.
- Aber mehr noch als für die Union, war die Wahl ein Desaster für die SPD. Nachdem sie bereits 1999 mit 10,7% ihr bis dahin schlechtestes Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielten, rutschten sie nunmehr unter die 10%-Marke. Nur hauchdünne 0,6% sicherten der SPD 13 Mandate und den Vorsprung vor der NPD.
- Die PDS gewann zum dritten Mal in Folge hinzu und erreichte mit 23,6% ihr bis dato bestes Stimmenergebnis.
- Statt drei Parteien teilten sich nunmehr sechs Parteien die Landtagsmandate, darunter die NPD. Nach zehnjähriger Abstinenz zogen FDP und Grüne wieder in den Landtag ein.
- Mit 9,2% holte die NPD hier ihr bislang bestes Zweitstimmenergebnis einer Landtagswahl.

Trotz der historischen Niederlage der SPD gelang es ihr, in Folge der CDU-Verluste, als kleinerer Koalitionspartner mit der Union eine schwarz-rote Koalition zu bilden. Trotz solider Regierungsarbeit zahlte sich das Bündnis mit der CDU für die Sozialdemokraten nicht aus. Fünf Jahre später trug die Welle der Zustimmung für die Liberalen die FDP in die Landesregierung und die SPD wieder auf die Oppositionsbank. Während letztere einen mageren Zugewinn von 0,6% verbuchen konnten, gewann die FDP 4,1% hinzu.

An den politischen Mehrheitsverhältnissen änderte sich dennoch nicht viel. Die CDU verlor erneut 0,9% und lag mit 40,2% so niedrig wie nie zuvor bei einer sächsischen Landtagswahl. Dennoch stellte sie mit 58 Mandaten mehr Abgeordnete als die drei stärksten Fraktionen zusammen: Linke (29), SPD (14), FDP (14). DIE LINKE verlor 3% und lag damit unterhalb ihres Niveaus von 1999. Die NPD konnte mit 5,6% ihre parlamentarische Existenz behaupten (-3,6%).

³ Roland Wöller/Michael Kretschmer/Christian Piwarz 2004, Analyse der Landtagswahl 2004 in Sachsen. Vorschläge für ein erfolgreiches Wahlkampfmanagement und eine moderne Parteiarbeit, S. 6.

3.2. Der Landtagswahlkampf 2014

Solange die sächsische Regierung weder durch einen veritablen politischen Skandal (vgl. Baden-Württemberg 2011, Thüringen 2009) noch durch Abnutzung (NRW 2005, Thüringen 2014) sich der Opposition quasi „sturmfähig“ präsentiert und eine Wechselstimmung entsteht, folgen die Wahlkämpfe im Freistaat seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts einem stets wiederkehrenden Muster:

- Die CDU gewinnt oder verliert auf uneinholbar hohem Niveau. Sie führt deshalb einen Wahlkampf, der darauf angelegt ist, jede Konfrontation zu vermeiden und die Wahlbeteiligung so niedrig wie möglich zu halten, selbst wenn dies den Rechtsparteien nützt.
- DIE LINKE ist und bleibt auf mehr oder weniger solidem Niveau die zweitstärkste Partei. Dies reicht jedoch nur zur größten Oppositionsfraktion, da SPD und Grüne zu schwach sind, um gemeinsam mit der Linkspartei eine glaubwürdige Regierungsalternative zu bilden.
- Im Wissen darum sind beide Parteien darauf bedacht, einen Wahlkampf mit angezogener Handbremse zu führen, um nach dem Wahltag als mögliche Koalitionspartner zur Verfügung zu stehen.
- Rechts von der Mitte hat sich eine Wähler/-innenschaft etabliert, die entweder expliziten Nazis wie der NPD oder rechtsbürgerlichen Populisten (AfD) die parlamentarische Existenz gewährleistet.

Stanislaw Tillich führte 2014 im Wesentlichen den gleichen präsidentialen Wahlkampf wie bereits fünf Jahre zuvor als sächsische Staatspartei: »Unser Ministerpräsident. Mit Mut. Mit Weitsicht. Miteinander.« war die zentrale Botschaft. Unter dem Motto »Füreinander« wurden auf den Themenplakaten angesprochen: »Gute Arbeit«, »starke Familien«, »Sicherheit«, »Bildung und Forschung«.

Der Wahlkampf baute darauf, dass Tillich Ministerpräsident bleiben würde, aber nicht unbedingt die schwarzgelbe Koalition Bestand haben müsste. Niedersachsen vor Augen, wurde plakatiert: »Zweitstimme für Stanislaw Tillich«, also keine Zeitstimmekampagne für die FDP. Vorstellen könne er sich auch eine Koalition mit der SPD oder mit den Grünen. Auch ein Bündnis mit der AfD schloss Tillich nicht aus, was die Unions-Spitze und auch die Kanzlerin in der letzten Wahlkampfwoche zu der Klarstellung veranlasste, dass für die Union ein Bündnis mit der AfD auch in den Ländern nicht in Frage komme.

Im Sinne der »asymmetrischen Demobilisierung« wurde jede Auseinandersetzung mit kontroversen Themen vermieden, um Mobilisierungspotenzial für die politische Konkurrenz zu vermeiden. Anders als seine Vorgänger Milbradt und Biedenkopf verlief auch die bisherige Amtszeit von Tillich derart geräuschlos, dass für die Opposition wenig Möglichkeit einer erfolgreichen Mobilisierung von wechselbereiten Wähler/-innen bestand.

Die Entscheidung der CDU, den Wahltag auf den letzten Tag der Sommerferien zu legen, entzog der Opposition weitere Möglichkeiten der politischen Mobilisierung.

DIE LINKE plakatierte, eingedenk der Stimmungslage im Land: »Wirtschaftskraft und anständige Einkommen!«, »Pisa-Lob und weniger Schulabbrecher!«, »Industrietradition und Energiewende!«, »Leistungswille und Solidarität«, »Sächsisch und weltoffen!«, »Investitionen in Stadt und Land!« Das verbindende „Und“ sollte die öffentlich wahrgenommenen positiven Seiten mit den offenen Baustellen und Schattenseiten verknüpfen, gegen eine vermeintliche Einseitigkeit der Landesregierung die Unzufriedenen anzusprechen. Die Selbstverständlichkeit, dass Demokratie vom Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsbank lebt, wurde angesprochen: »25 Jahre CDU sind genug!«, wie es auf einer Großfläche hieß, ließ sich damit nicht massenwirksam begründen, zumal nicht in Verbindung mit »Stillstand« und »Langeweile«. So diente die Tonlage, der »Sound« des Wahlkampfes vor allem dazu, all diejenigen anzusprechen, die eine erneute CDU-Regierung nicht wollen, weil es anders besser ginge.

Im Unterschied zu früheren Wahlen verzichteten SPD und LINKE diesmal darauf eigene Ministerpräsidentenkandidaten aufzustellen. Dies hatte sich in der Vergangenheit nicht bezahlt gemacht.

Gleichwohl wurde der linke Spitzenkandidat Rico Gebhardt im Verlauf des Wahlkampfes als der Herausforderer des Ministerpräsidenten wahrgenommen – nicht nur durch das letztlich doch zugestandene Kandidaten-Duell zwischen Oppositionsführer Gebhardt und dem amtierenden Ministerpräsidenten Tillich.

Die Wahrnehmung von Gebhardt als dem Herausforderer des Ministerpräsidenten war – bei Lichte besehen – das Maximum dessen, was in diesem Wahlkampf zu erreichen war. Gebhardts Wahlstrategie bestand von Beginn an darin, DIE LINKE als ernsthafte Regierungsalternative langfristig zu positionieren. Angesichts der Stärke der CDU und der Schwäche potenzieller Partner ging es ihm darum, die demokratische Selbstverständlichkeit eines Regierungswechsels zu thematisieren und – bei Anerkennung der zweifellos vorhandenen Aufbauleistung der CDU in den 1990er Jahren – darauf hinzuweisen, dass nach 25 Jahren CDU-Regierung eine zweite Wende in Sachsen möglich und sinnvoll ist.

Erfolgreich wird diese politische Kommunikation nur dann sein, wenn DIE LINKE - unabhängig vom Ausgang der Wahl – den Fehler eines Strategie- und Personalwechsels vermeidet. Verschiedene Wahlkämpfe zeigen, dass sich Beharrlichkeit in Spitzenpersonal und Strategie auszahlen können: Auch Wulff in Niedersachsen und Ramelow in Thüringen sind jeweils bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen als Spitzenkandidaten angetreten und haben erst über die Jahre jene Zustimmung erworben, die gemeinhin als soziales Kapital verstanden wird.

Die SPD führte einen Wahlkampf, der ganz auf Martin Dulig, den Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Freistaat zugeschnitten war. Ihr Wahlkampf war vor allem darauf gerichtet, über ein Höchstmaß an Personalisierung die Partei aus dem Zehn-Prozent-Ghetto herauszuführen. Dulig selbst sprach von einem Zehnjahresprogramm. Die mit seiner Person verbundenen Inhalte: »Geld für Schulen, nicht für Banken!«, »Arbeit fördern! Nicht Lohndumping!«, »Stellenabbau bei der Polizei stoppen!«, »Arztpraxen im ganzen Land halten!« und »Mietwucher per Gesetz unterbinden!«.

Ein solcher Wahlkampf kann, wie Dulig selbst verschiedentlich bemerkte, nur einmal geführt werden. Sollte es ihm gelingen, als Vize-Ministerpräsident in die Landesregierung einzuziehen, hätte sich die Strategie bezahlt gemacht. Sollte die SPD wiederum mit spürbarem Abstand zur LINKEN aber gestärkt auf der Oppositionsbank verbleiben, hätte sie ihm nicht geschadet.

Die Grünen setzten in ihrem Wahlkampf auf die Herzensthemen der Stammwähler/-innenschaft: »Von Natur aus grün« mit den Themen Energiewende, Überwachung, Rechtspopulismus, Verkehrspolitik, Bildungspolitik und Massentierhaltung.

Politisch artikuliert durch die keineswegs unumstrittene Spitzenkandidatin Antje Hermenau setzte die Partei zudem auf Regierungsbeteiligung mit der CDU. Anders als in Hessen wäre eine schwarz-grüne Koalition in Sachsen kein politisches Signal. Eine solche Botschaft war möglicherweise mit Ole von Beust und Volker Bouffier zu machen. Tillich tickt anders.

Die FDP hatte eigentlich nur ein Thema, ihr parlamentarisches Überleben, trotzig zusammengefasst in dem Plakat: »Sachsen ist nicht Berlin! Für Schwarz-Gelb: FDP wählen!« Der Erfolg dieser Strategie – dies wurde im Verlauf des Wahlkampfes klar – würde sich nicht am Verbleib im Landtag zeigen, sondern darin, wie stark sie verlieren und wie deutlich die 5%-Hürde verfehlt würde.

Dass die CDU gegen diese Kampagne ein eigenes Plakat setzte, dürfte die FDP schwer erschüttert haben: Die Union richtet sich auf ein parlamentarisches Machspiel ohne die FDP ein.

Die AfD führte ihren Wahlkampf im Freistaat im Bewusstsein, dass Sachsen neben den drei Ländern Thüringen, Hessen und Baden-Württemberg zu den Parteihochburgen gehören. Die sinkenden Zustimmungsraten für NPD und FDP waren weiterhin Wasser auf die Mühlen der

Partei, die zudem von der sächsischen CDU und Ministerpräsident Tillich aus parteitaktischen Gründen aufgewertet wurde.

Wie Martin Machowecz in der ZEIT ausführte: „*Tillich hat Angst, erpressbar zu sein, wenn die einzige Partei, die nach dem Wahlsonntag als Partnerin infrage kommt, die SPD sein sollte. Er will die SPD dann wenigstens noch mit Hinweis auf die AfD in Schach halten können. Das klingt taktisch gewieft. Aber es ist demokratietheoretisch töricht. Tillich wertet die AfD damit in einer Weise auf, wie das bislang in keinem Bundesland passiert ist.*“⁴

Der Wahlkampf der Alternative für Deutschland setzte auf landespolitische Themen, die der Landesverband bereits bei der Bundestagswahl bedient hatte: Sorgen und Nöte des ländlichen Raumes, kaum noch den Gründungsmythos Euro-Krise, dafür den Zustand von Schulen, Kriminalität und Sicherheit im grenznahen Raum, regionale Wasserwerke u.a.m. Die Spitzenkandidatin Frauke Petry verortete die Partei erstmals nicht mehr als Partei jenseits von rechts und links, sondern als »konservative (Volks-)Partei«.

Angesprochen werden politische Bauchgefühle, Benachteiligungen und Missgeschicke, an denen die »Altparteien« Schuld sind: den Griechen wird geholfen, das eigene Land darbt; die Familie wird benachteiligt, Homosexuelle in der Schul- und Steuerpolitik umsorgt; Deutsche hintenangestellt, während Ausländer ins Sozialsystem einwandern; Arme benachteiligt, Banken gerettet (vgl. Justus Bender: Mut zur Aufbauschung, FAZ 194, 26.8.2014, S. 4).

Einerseits fiel die Veranstaltung mit dem FPÖ-Politiker Andreas Mölzer, der die EU mit dem »Dritten Reich« verglichen und als »Negerkonglomerat« bezeichnet hatte, aus, andererseits tönte Parteichef Lucke z.B. in Bautzen: »Zuwanderer, die mit Drogen handeln, Prostitution fördern und Sozialleistungen beziehen, sind der Nährboden für Ausländerfeindlichkeit. Wir müssen diesen Nährboden beseitigen und diese Menschen abschieben, die unser Gastrecht missbrauchen.«, womit er eindeutig ins (ehemalige) Wählerspektrum der NPD zielte.

Inhaltlich wilderte die AfD vor allem in Themenfeldern am rechten Rand: gegen die Asylpolitik, gegen Moscheen, gegen Homo-Ehen, dafür eine Politik für mehr deutsche Kinder, mehr deutsche Lieder im Radio und am besten die Grenzen zu Tschechien und Polen wieder dicht machen. Frauke Petry, die Spitzenkandidatin ließ sich im Wahlkampf mit den Worten zitieren: „*Ob das die illegalen Einwanderer sind, die Schlepperbanden oder eben auch die Drogenkriminalität. Das sind alles Auswirkungen, die von Schengen nicht zu trennen sind.*“

Ein Kandidat und Vorstandsmitglied der AfD musste während des Wahlkampfes nach massivem Druck zum Rücktritt gedrängt werden, nachdem er öffentlich einen Menschen mit Down-Syndrom verunglimpfte.

Die NPD, sechste Partei im Landtag, verzichtete weitgehend auf öffentliche Auftritte. Von ihren inneren Auseinandersetzungen, der Trennung von Holger Apfel und seiner politischen Linie der kleinbürgerlichen Anständigkeit, hat sie wenig bekannte Personen und die alten Themen aufgeboten: Angst vor Asylbewerbern, vor Drogen, vor Muslimen.

⁴ <http://www.zeit.de/2014/36/sachsen-tillich-koalition-cdu-afd>

3.3. Der sanfte Verschleiß des Hegemons

Der Freistaat Sachsen wird seit 1990 von der CDU regiert. Die CDU nimmt in der sächsischen Parteienlandschaft eine hegemoniale Stellung ein. Die CDU bestimmt die Rahmenbedingungen des Wahlkampfes für die anderen Parteien. Die CDU entschied sich für einen Wahlkampf in den Sommerferien und eine Wahl am letzten Ferientag, davon ausgehend, dass nach 24 Regierungsjahren große Mobilisierungserfolge nicht zu erwarten und „Bestandspflege“ am ehesten möglich sei, wenn die Mobilisierung anderer Parteien möglichst schwer gemacht werden würde. Auch wollte die CDU sich abheben von den anderen Ausgangskonstellationen in Thüringen in Brandenburg. Zu keinem Zeitpunkt gab es in Sachsen eine politische Wechselstimmung, Union und Freistaat scheinen eine auf Dauer gestellte politische Einheit zu bilden, der Ort der politischen Macht in Sachsen ist in festen Händen: die CDU regiert, Die Linke führt die Opposition. Diese Situation ist seit der Wahl 1994 stabil, Bewegung gibt es seit der Wahl 2004 traditionell rechts von der Union. Seit dieser Wahl ist ebenfalls klar: absolute Stimmenmehrheit sind für die CDU nicht mehr erreichbar, es gilt in den Wahlkämpfen den erwartbaren Verschleiß der hegemonialen Stellung möglichst weit in die Zukunft zu dehnen.

Ministerpräsident Biedenkopf regierte in den 1990er Jahren dreimal mit einer absoluten Mehrheit. Er legte den Grundstein für die landespolitische Identität Sachsens, die für alle Parteien der Landespolitik einen unhintergehbaren politischen Diskursrahmen schufen. Seine Nachfolger, Georg Milbrandt und dann Stanislaw Tillich, benötigten nach den Wahlen 2004 und 2009 zwar Koalitionspartner, Milbrandt die SPD, Tillich die FDP, setzen den Biedenkopf'schen Kurs, die CDU im öffentlichen Bild als Staatspartei und im Staatsapparat und den parastaatlichen Verwaltungen personell zu verankern, fort. 2009 trat Tillich als »Der Sachse« an, 2014 warb die Partei mit ihm als »Unser Ministerpräsident«. Stefan Locke resümierte: »Das Possessivpronomen „unser“ diente schon in der DDR als Abgrenzung, vor allem gegenüber dem Westen.« (Stefan Locke: Bloß keine unangenehmen Fragen; FAZ 29.8.2014, S.4) Auch andere Beobachter weisen daraufhin, dass die Vormachtstellung der Union im ehemals »roten Sachsen« auf die identitätsstiftende politische Sprache eines Kurt Biedenkopf in den 90er Jahren zurückgeht, der »als geschickter Psychologe den alten Glanz Sachsens hervorkramte, um in schwierigen Übergangsjahren neue Identität zu stiften«: »die fast 1000jährige Geschichte des Landes, dessen reiche Kulturlandschaft, die Musik, die Schlösser und Kirchen, das Porzellan und den berühmten Erfindungsreichtum sächsischer Tüftler und Unternehmer. Er packte die Sachsen bei ihrem Stolz: Wenn sie den Aufbau nicht schafften, wer denn bitteschön dann in Ostdeutschland?« (Bernhard Honnigfort: Auf verlorenem Posten; Berliner Zeitung ,202, 30.8.2014, S. 3)

Die Biedenkopf'sche »Leuchtturmpolitik« - Förderung der Auto- und Zulieferindustrie und der Chip-Industrie – verlieh dieser politischen Ansprache den nötigen Wirklichkeitsgehalt. Lange Zeit hatte Sachsen die höchsten Wachstumsraten unter den ostdeutschen Ländern, die geringste Arbeitslosenquote, die niedrigste Prokopfschuldung. Seit 2005 liegen die Wachstumsraten zwar meist unter dem ostdeutschen Durchschnitt, doch trübt dies nicht ein positives Stimmungsbild. »Die Arbeitslosigkeit mit 8,5 Prozent auf dem tiefsten Stand seit der Neugründung des Landes. Jedes zehnte in Deutschland produzierte Auto kommt aus dem Freistaat, jeder zweite in Europa hergestellte Chip aus "Silicon Saxony". Die Region Dresden ist damit Europas größter Mikroelektronik-Cluster. Bei Investitionen in Forschung und Entwicklung ist Sachsen bundesweit Spitzenreiter, bei der Bildung sowieso - Sachsen liegt beim bundesweiten Bildungsmonitor Pisa auf Platz eins. Und sie sind Sparfüchse: Der Freistaat hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Neue Schulden sind tabu, Alt-schulden werden getilgt.« (Steffen Uhlmann, Schnelle Autos, lahme Wirtschaft; Süddeutsche Zeitung online, 30.8.2014).

Zur positiven Grundstimmung trägt sicherlich auch bei, dass in den vergangenen zehn Jahren eine merkliche Verbesserung der individuellen Einkommenslage stattfand, die auf die Herausbildung einer sozialen Einkommens-Mittelschicht deutet. Erzielten 2005 noch 18,2% aller Sächsinen und Sachsen ein monatliches Nettoeinkommen – gleich aus welcher Quelle

– von unter 500 Euro, waren es 2012 nur noch 11,1%, auch die Gruppe von 500 bis 900 Euro schrumpfte, umgekehrt stieg die Besetzung der beiden oberen Gruppen teilweise stark an.

Die regionale Einkommensarmutsquote in Sachsen liegt – Ausnahme: Leipzig - deutlich unter derjenigen der anderen ostdeutschen Länder, für die an der regionalen Kaufkraft gemessenen Armutsquote gilt dies noch deutlicher. Die wirtschaftlichen Wachstumszahlen, die sinkenden Arbeitslosenzahlen oder auch die niedrige Verschuldungsrate korrespondieren mit verbreiteten Erfahrungen einer besseren Einkommenslage, womöglich des persönlichen sozialen Aufstiegs. Die Arbeitslosigkeit ist nicht mehr, wie in früheren Wahlkämpfen, das wichtigste Thema, wenn Tillich formuliert, die Existenzangst vieler sei gebannt, dann ist das nicht mehr wie aus einer anderen Welt gesprochen. Die in Umfragen erfragte Stimmungslage spiegelt dies wieder. Statt „Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt“ als beherrschendes Thema wie 2009 werden vermeintlich »weiche Themen« wichtiger: Bildung/Schule/Ausbildung und Familie/Kinderbetreuung, also die Faktoren, die als zentral für den individuellen wirtschaftlichen Erfolg und Vereinbarkeit diskutiert werden. Bis zu drei Viertel der Befragten bezeichneten die persönliche wirtschaftliche Lage als gut, ebenso die des Landes. Vergleichbar gut fallen die Urteile über die Lebensqualität im Land aus, entsprechend verbreitet ist der Stolz auf das Erreichte und die Zufriedenheit mit der Landesregierung – bis in die Anhängerschaft der Linken hinein.

Gegen diese allgemeine Stimmungslage ist ein frontaler Oppositionswahlkampf wenig aussichtsreich, da ja offensichtlich die Regierung nicht alles falsch gemacht hat. Wenn gegen das Erreichte nicht recht Wahlkampf zu machen ist – weil eben nicht alles in die falsche Richtung gelaufen ist -, dann bleiben anzusprechen: die Schattenseiten, die möglichen Gefährdungen, neue Probleme, bessere Lösungen. Doch diese Ansprache der Wähler_innen und Wähler transportiert quasi als Hintergrundrauschen immer den bisherigen Erfolg der Regierungspartei und die Frage mit, ob sie nicht auch die kommenden Aufgaben besser bewältigen würde als die Opposition. Die Wahlkampfstimmung fasste Steffen Uhlmann denn auch lapidar so zusammen: »Niemand muckt wirklich auf im Lande, selbst die politischen Kontrahenten bleiben seltsam blass. Ein bisschen Ärger machen sie nur, wenn es um die Einstellung von Lehrern, Kita-Kräften oder Polizisten geht. Der sächsische Wahlkampf ist fast geräuschlos durch die Sommerferien geschlichen.« (ebd.) Dabei steht Sachsen vor den gleichen ungelösten Problemen wie andere (ostdeutsche) Bundesländer: die öffentlichen Infrastrukturen im ländlichen Raum, die wieder wachsende Kluft zwischen Stadt und Land, wegfallende Solidarpakt- und EU-Mittel, geringes eigenes Steueraufkommen aufgrund der mittelständischen Wirtschaftsstruktur, entsprechende Abhängigkeit der sächsischen Filialen von den großen Unternehmenszentralen, die alle außerhalb Sachsens angesiedelt sind...

Die Parteien links von der Union haben es in den vergangenen zwanzig Jahren nicht vermocht, eine politisch und persönlich tragfähige Basis für eine Regierungsalternative zur Union zu schaffen. Zur »ewigen Regierungspartei« CDU gehört fast wie ein Alter Ego die »ewige Oppositionspartei« PDS/DIE LINKE. Die zweitstärkste Partei im Lande schaffte es bisher bei keiner Wahl, die CDU-Regierung wirklich zu gefährden. Es reichte nie, es passte nie. Bereits 2010 begann der sächsische Landesverband einen »Dialog für Sachsen«, um neue Wählerschichten anzusprechen, um die politische Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbreitern, um die notwendige inhaltliche landespolitische Erneuerung anzustoßen – und um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass ein erheblicher Teil der eigenen Anhänger sich auf der Gewinner-Seite der sächsischen Entwicklung sah:

Parallel dazu wurde versucht, nicht nur symbolische, sondern realpolitische Optionen für das Verlassen des Oppositionsturmes und einen Regierungs- und Politikwechsel aufzubauen und den Landesvorsitzenden Rico Gebhardt als personelle Alternative zum Ministerpräsidenten aufzubauen. Die Hürde, dass weder Sozialdemokraten noch Grün wie zuvor in Thüringen bereits sein könnten, einen Linken zum Ministerpräsidenten zu wählen, versuchte er im Vorfeld des Wahlkampfes abzuräumen mit dem Vorschlag, die drei Parteien könnten sich auf einen Parteilosen als Ministerpräsidenten verständigen. Dieser Vorschlag stieß bei den beiden anderen Parteien auf wenig Gegenliebe – nicht verwunderlich, allein schon, weil darüber

angesichts ihrer Mitgliederschwäche und geringen sozialen Verankerung ihre Kenntlichkeit im Wahlkampf arg bedroht gewesen wäre. Diese geringe soziale Verankerung der potentiellen Bündnispartner ist es denn auch, die eine Regierungsalternative für Die Linke bis auf weiteres unwahrscheinlich erscheinen lässt. Sachsen ist das Bundesland, in dem Die Linke weiterhin politische Erfahrungen sammeln kann, wie es gelingt, als zweitstärkste Partei ohne reale Machtperspektive in der Opposition politische und soziale Stabilität, dann vielleicht auch Wachstum zu generieren.

3.4. Wähler/-innenmobilisierung und Wahlbeteiligung

Der Vergleich der sechs Landtagswahlen in Sachsen zeigt einen entscheidenden Bruch im Wahlverhalten bei der Wahl 2004 mit anschließender Stabilität: Die CDU verliert 2004 mehr als 15 Prozentpunkte. Diese Verluste bringen zwar der Linken, damals PDS, ihr bestes Wahlergebnis, es ist aber weit davon entfernt, auch nur rechnerisch mit SPD und Grünen die CDU tatsächlich von der Macht zu verdrängen. 2004 zeigte sich im Grunde, dass eine linke Regierungsalternative absehbar in Sachsen nicht zu haben ist, die Unzufriedenheit mit dem sächsischen Weg entlud sich nach rechts, in der Wahl der NPD, die die Wahrnehmung, zu den Verlierern der Entwicklung Sachsens zu gehören, in eine Identitätsbildung deutsch vs. nichtdeutsch transformierte. Die SPD steht, mit Blick auf die absoluten Stimmen, dort wo sie bereits 2004 stand, die Linke hat sich deutlich verschlechtert, auch infolge der Alterstruktur der Wählerschaft, und auch die Grünen ziehen weniger Wähler_innen an als vor zehn Jahren. Addiert man das 2004 in Richtung NPD und FDP freigesetzte Wählerpotential, so zeigt es sich als Gesamtheit erstaunlich stabil: auf NPD, AfD und FDP entfielen 2014 annähernd gleich viele absolute Stimmen. Damit sollen diese drei Parteien nicht in eins gesetzt werden, es geht lediglich darum deutlich zu machen, dass es ein flottierendes Wählerspektrum in Sachsen gibt, welches mit einer im weitesten Sinne rechts- und wettbewerbspolitischen Thematik und Ansprache erreichbar ist und deutlich weniger mit linken Themen und Ansprache.

Der Vergleich der Ergebnisse der überregionalen Wahlen in Sachsen seit 2004 bestätigt diese Eindrücke. Die Linkspartei errang 2004/2005 ihre in absoluten Stimmen besten Wahlergebnisse in Sachsen. Und sie ist wie die CDU eine Partei, die als landespolitische Partei wahrgenommen und gewählt wird. Das zeigt für 2014 der Vergleich der Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament und zum Landtag, an denen sich jeweils 49,2% der Wahlberechtigten beteiligten. Die CDU erhielt bei der Landtagswahl deutlich mehr Stimmen als bei der Europawahl, die Linke erkennbar mehr Stimmen, während SPD und Grüne zum Teil deutlich weniger Stimmen erzielten. Die absoluten Stimmenverluste für die sächsische Linke von Landtagswahl zu Landtagswahl waren mit entsprechen mit einem Sechstel in etwa der Größenordnung der Verluste von der Bundestagswahl 2009 zur Bundestagswahl 2013.

Bemerkenswert ist insbesondere das Stimmenergebnis der AfD: Bei den drei Wahlen, an denen sie sich beteiligte, erreicht die AfD jeweils rund 160.000 Stimmen. Sie scheint ein relativ »festes« Wahlpotential unabhängig von der institutionellen Ebene der Wahl sehr gut mobilisieren zu können.

4. Ergebnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

Seitens Infratest-dimap wurden im Vorfeld der Landtagswahl drei Ausgaben des SachsenTREND veröffentlicht, dessen Ergebnisse sowie die Erkenntnisse des vom gleichen Institut veröffentlichten Wahlreports zur Landtagswahl 2009 der nachfolgenden Darstellung zugrunde gelegt sind. Hinzugezogen werden zudem die Ergebnisse von Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen.

4.1. Zufriedenheit mit der Landesregierung

Wie bereits bei den vorangegangenen Wahlen konnte die Landesregierung auf eine hohe Zufriedenheit mit ihrer Tätigkeit blicken.

Tabelle 7: Zufriedenheit mit der Landesregierung

	sehr zufrieden	zufrieden	weniger zufrieden	gar nicht zufrieden
08/2014	59		39	
07/2014	63		33	
04/2014	61		35	
LTW 2009	2	56	35	6
LTW 2004	3	53	34	6

Quelle: SachsenTREND, Wahlreport Sachsen 2009 / Eigene Darstellung

Rund 60% der von Infratest-dimap befragten Wahlberechtigten stellten der Regierung ein gutes Zeugnis aus. Rund ein Drittel waren mit der Regierung weniger oder gar nicht zufrieden.

In der Bewertung der beiden Koalitionspartner lag die CDU mit 62% Zufriedenheit deutlich vor der FDP, deren Arbeit mit 21% Zustimmung bewertet wurde. Fünf Jahre zuvor war der Abstand zwischen CDU und SPD zwar ebenfalls deutlich, doch mit 23% Differenz weniger stark ausgeprägt.

Tabelle 8: Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Parteien (August und Juli 2014)

Anhänger/-innen von...	August 2014		Juli 2014	
	sehr zufrieden / zufrieden	weniger zufrieden / gar nicht zufrieden	sehr zufrieden / zufrieden	weniger zufrieden / gar nicht zufrieden
...CDU	88	11	89	9
...Grüne	62	38	50	44
...SPD	50	47	70	25
...AfD	46	51	21	79
...LINKE	38	61	44	52

Quelle: SachsenTREND / Eigene Darstellung

Natürgemäß war die Zufriedenheit mit der Landesregierung bei den Anhänger/-innen der CDU mit knapp 90% am stärksten ausgeprägt. Doch auch bei den Anhänger/-innen der beiden potenziellen Koalitionsparteien Grüne und SPD überwog die Zufriedenheit mit der Landesregierung gegenüber der kritischen Bewertung ihrer Arbeit.

Bei den Anhänger/-innen von Linkspartei und AfD dominierte hingegen die Unzufriedenheit, wenngleich ein jeweils relevanter Teil die Regierung positiv bewertete.

4.2. Politikerzufriedenheit und Parteizufriedenheit

Vorausgesetzt, eine Direktwahl des Ministerpräsidenten wäre möglich, hätten sich laut Infratest-dimap 57% der Befragten für den Amtsinhaber entschieden. Die beiden Herausforderer von Linken und SPD erreichten zusammen einen Anteil von 20%.

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte eine Zustimmung für den Amtsinhaber Tillich von 63%, während Herausforderer Gebhardt 14% bei einer Direktwahl erhalten hätte.

Auch in der Politikerzufriedenheit rangierte der Ministerpräsident Tillich weit vorn. Bei einem Bekanntheitsgrad von 90% waren mehr als zwei Drittel mit seiner Arbeit zufrieden, nur knapp jeder zweite war weniger oder gar nicht zufrieden.

Tabelle 9: Politiker/-innenzufriedenheit

Person	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger zufrieden / gar nicht zufrieden	Gestützte Bekanntheit
Stanislaw Tillich (CDU)	71	19	90
Holger Zastrow (FDP)	26	26	52
Martin Dulig (SPD)	23	11	36
Antje Hermenau (Grüne)	20	14	36
Frauke Petry (AfD)	17	9	27
Rico Gebhardt (Linke)	16	9	25
Holger Szymanski (NPD)	12	10	24
Volkmar Zschocke (Grüne)	9	9	19

Quelle: SachsenTREND Juli 2014 / Eigene Darstellung

Verglichen mit dem linken Spitzenkandidaten der vorangegangenen Landtagswahl, André Hahn, bestand ein wesentliches Manko von Rico Gebhardt in seiner vergleichsweise geringen Bekanntheit. Während Hahn im August 2009 immerhin 49% der Befragten bekannt war, gaben im Juli 2014 nur 25% an, Gebhardt zu kennen. Während nur 16% mit seiner Arbeit sehr zufrieden bzw. zufrieden waren (Hahn: 22%), war die Unzufriedenheit mit 9% gering ausgeprägt (Hahn: 26%).

Die Bekanntheit von Gebhardt über den Verlauf der kommenden Wahlperiode und im Hinblick auf die Landtagswahl 2019 zu erhöhen und somit auch das Profil als Herausforderer mit langem Atem zu stärken, dürfte demzufolge eine Schlussfolgerung aus der Landtagswahl 2014 sein.

Werden die Wahlberechtigten um eine Bewertung der Parteien auf einer Skala von +5 bis -5 gebeten, erhalten laut Forschungsgruppe Wahlen die CDU mit 2,3 und die SPD mit 1,2 die besten Werte. Es folgen die Grünen mit 0,2 und DIE LINKE mit 0,1. Am schlechtesten wird die NPD mit -3,7 bewertet, gefolgt von der AfD mit -1,3 und der FDP mit -0,7.

4.3. Wahlverhalten und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Zum Zusammenhang von Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, Parteianhängerschaft und Wahlverhalten wurden von den Forschungsinstituten in Sachsen verschiedene Fragen zu verschiedenen Zeitpunkten gestellt. Etwa vierzehn Tage vor dem Wahltag fragte Infratest dimap nach der allgemeinen »gesellschaftlichen Entwicklung«, ob man sich selbst eher zu den Gewinnern oder den Verlierer zählen würde. 13% der CDU-Anhänger, 30% der Linke-Anhänger und fast die Hälfte der AfD-Anhänger/-innen sahen sich als »Verlierer«.

Tabelle 10: Sind Sie Gewinner oder Verlierer der wirtschaftlichen Entwicklung?

Gewinner (in %)	Wähler/-innen der...	Verlierer (in %)
72	...CDU	13
61	...SPD	18
61	...Grünen	27
51	...LINKEN	30
37	...AfD	46

Quelle: Infratest-dimap; wahl.tagesschau.de / Eigene Darstellung

Am Wahltag fragte Infratest dimap nach der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation und erhielt von den Parteiwähler_innen die nebenstehenden Antworten. Der Anteil derjenigen, die ihre eigene Lage als »gut« einschätzten lag für alle Parteien deutlich über den Prozentanteilen der »Gewinner«, so dass man folgern könnte, dass entweder Wähler_innen, die sich als »Verlierer« betrachten, ihre persönliche wirtschaftliche Lage gleichwohl als gut betrachten, also das Verlieren vor allem auch immaterielle Seiten umfasst, oder aber diejenigen, die sich als »Verlierer« sehen, parteiübergreifend stärker zur Wahlenthaltung neigten.

Tabelle 11: Persönliche wirtschaftliche Situation der Wähler/-innen

Gut (in %)	Wähler/-innen der...	Schlecht (in %)
80	Alle	19
87	...CDU	12
69	...LINKE	30
86	...SPD	13
80	...FDP	15
81	...Grüne	18
65	...NPD	33
73	...AfD	25

Quelle: Infratest-dimap; wahl.tagesschau.de / Eigene Darstellung

Eine dritte Fragestellung lautete: »Profitieren sie persönlich vom wirtschaftlichen Wachstum?« Die Antworten legen die Vermutung nahe, dass mehrheitlich keine Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und eigener persönlicher Lage gesehen wird, dass Wirtschaftswachstum etwas ist, was überwiegend woanders als im eigenen unmittelbaren eigenen Lebensfeld stattfindet. Nur unter den CDU-Wählern sagt eine Mehrheit, persönlich vom wirtschaftlichen Wachstums zu profitieren, bei SPD und Grünen verneint bereits eine Mehrheit einen Zusammenhang, bei Linke- und AfD-Wählern sagen drei von vier, dass bei ihnen vom Wirtschaftswachstum nichts ankäme.

Tabelle 12: Profitieren Sie persönlich vom wirtschaftlichen Wachstum?

Ja (in %)	Wähler/-innen der...	Nein (in %)
54	...CDU	44
43	...SPD	54
40	...Grünen	59
26	...LINKEN	72
25	...AfD	73
13	...NPD	87

Quelle: Infratest-dimap; wahl.tagesschau.de / Eigene Darstellung

Eine vorläufige Interpretation dieser auf den ersten Blick widersprüchlichen Auskünfte könnte lauten: Mit Blick auf die eigenen biographischen Erfahrungen, auf das regionale, vor allem aber internationale Umfeld wird die allgemeine Entwicklung als Gewinn betrachtet (an »Lebensqualität«, es geht »besser als«), wobei die eigene wirtschaftliche Situation positiver bewertet wird als die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung: ein Raum für gesellschaftskritische Positionen, die darauf bestehen, dass eine gute Gesellschaft mehr umfasst als wirtschaftliche Güter. Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage als gut verdankt sich offenbar einem eigensinnigen, moralischen Maßstab: Was nötig ist, damit es einem gut geht, was für einen selbst möglich und erreichbar ist – jedenfalls nicht den Größen, in den alltäglichen wirtschaftlichen Diskursen über Wachstumsraten usw. verhandelt werden. Der Zusammenhang zwischen »Wirtschaftswachstum« und eigener Lage ist kein unmittelbarer, sondern vermittelt über Arbeitsplätze, berufliche Zufriedenheit, Perspektiven für Kinder usw.

4.4. Die wichtigsten Politikfelder und wahlentscheidenden Themen

Im SachsenTREND erfragte Infratest-dimap, wie auch bei den anderen Wahlen, die wichtigsten politischen Probleme in den Augen der Wählerinnen und Wähler.

Das Themenfeld Schule/Bildung/Ausbildung lag mit 38% an der Spitze und hatte gegenüber 2009 um 9 Prozentpunkte zugenommen. Auch Familienpolitik hatte mit 19% um 10% gegenüber 2009 an Bedeutung hinzugewonnen.

Angesichts dieser Wahrnehmung überrascht es nicht, dass 65% der Befragten die Auffassung vertraten, dass die neue Landesregierung in Schule und Bildung investieren solle, während 14% den Schuldenabbau für vordringlich erachteten.

Demgegenüber nahm die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation um 13% ab und lag bei 11%, die Relevanz des Thema Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt reduzierte sich um 36%, lag aber mit 29% auf Platz 2.

Das Themenfeld Kriminalität lag auf Platz 5 mit 11% und einem Bedeutungszuwachs von 7%.

4.5. Kompetenzzuschreibungen der Parteien

Die Zuschreibung von Lösungskompetenz an die Parteien ist einer der zentralen Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung. Dabei haben die Parteien traditionell unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte.

Tabelle 13: Parteikompetenzen

Kompetenzfeld	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	AfD	Keine Parte/ Weiß nicht
Die Wirtschaft in Sachsen voranbringen*	64 (58)	3 (3)	11 (12)	3 (3)	1 (2)	1 (0)	1 (1)	15 (20)
Kriminalität und Verbrechen in Sachsen bekämpfen	43 (49)	7 (9)	12 (10)	1 (2)	1 (1)	4 (5)	2 (-)	28 (22)
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	30 (32)	15 (14)	24 (27)	2 (2)	5 (4)	1 (0)	1 (1)	19 (19)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen*	26 (23)	22 (21)	28 (27)	1 (1)	3 (5)	2 (1)	2 (1)	14 (18)
Die wichtigsten Probleme Sachsens lösen	47 (47)	8 (6)	15 (17)	1 (1)	2 (2)	1 (1)	2 (2)	21 (22)
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben, die Hessen betreffen. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Hessen Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.								

Quelle: SachsenTREND Juli 2014 / Angaben in Klammern: Differenz zu April 2014

DIE LINKE sieht sich auf dem Kompetenzfeld »Soziale Gerechtigkeit« einer wachsenden Konkurrenz der SPD ausgesetzt, die offenkundig Vertrauen zurückgewonnen hat, weit stärker, als sich dies in der Wahlentscheidung ausdrückt. Gleichzeitig verzeichnet die CDU auf diesem Feld einen erheblichen Vertrauensverlust. Ein zweites Feld, auf dem SPD und LINKE mit der CDU konkurrieren, ist die Kompetenz in der Schul- und Bildungspolitik. Auf den Feldern Arbeitsplätze, Wirtschaft, Verkehr und Kriminalität liegt die CDU deutlich vor den beiden Parteien. Auf vier von sechs Feldern, die die Sachsen für die wichtigsten landespolitischen Themen halten, lag die CDU also deutlich vorn.

Tabelle 14: Wer sorgt am ehesten für soziale Gerechtigkeit?

Partei	1999	2004	2009	2014
CDU	38	26	22	19
LINKE	23	28	24	25
SPD	20	17	28	31

Quelle: Infratest-dimap, www.tagesschau.de

Unter den Aussagen zu den einzelnen Parteien sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden:

- die Vernachlässigung von Arbeitnehmerinteressen durch die Union;
- das Bemühen um sozialen Ausgleich bei der Linken bei gleichzeitiger fehlender Problemlösungskapazität;
- die steigenden Werte für die SPD bei soziale Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit;
- die Implosions-Werte der FDP;
- die Nähe zwischen vielen AfD-Wählern und der NPD;
- der Zusammenhang zwischen AfD und kinderreichen Familien (siehe dazu den Abschnitt zum Wahlkampf der AfD)

Die Kompetenzen, die der AfD von allen Befragten zugewiesen werden, betreffen »Ausländerpolitik« und »Kriminalitätsbekämpfung« (jeweils 4%) sowie »soziale Gerechtigkeit« und »Arbeitsplätze« (je 3%). Bei den AfD-Wählern heben die Kompetenz in der »Ausländerpolitik« 42% hervor, »soziale Gerechtigkeit« 41% und »Kriminalitätsbekämpfung« 37%. Ebenso viele nennen noch die »Außenpolitik«.

Tabelle 15: Aussagen zu den Parteien

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	AfD
Hat Sachsen nach vorn gebracht	73						
Merkel sorgt dafür, dass es den Deutschen trotz der Krisen gut geht	71						
Tillich macht keine Parteipolitik, sondern Politik für das Land	67						
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen	60						
Bemüht sich nach wie vor am stärksten um sozialen Ausgleich		90					
Kümmert sich am ehesten um die Probleme in Ostdeutschland		64					
Gut, dass sie in der Ukraine-Krise Verständnis für Russland hat		57					
Vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer		56					
Fände es gut, wenn sie an der Landesregierung beteiligt wäre			61				
Ist dank der Durchsetzung des Mindestlohns wieder glaubwürdiger			61				
Ist keine Partei mehr für die kleinen Leute			58				
Hat mit Hartz IV ihre Prinzipien aufgegeben			58				
Die SPD bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich			41				
Fände es gut, wenn sie an der Landesregierung beteiligt wäre				30			
Man weiß nicht mehr, wofür sie steht				78			
Hat in der Landesregierung nichts bewegt				62			
Wird in der deutschen Politik nicht mehr gebraucht				52			

Fortsetzung Tabelle 15: Aussagen zu den Parteien

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	AfD
Fände es gut, wenn sie an der Landesregierung beteiligt wäre					43		
Ihnen fehlt überzeugendes Führungspersonal					83		
Kümmern sich um Themen, die andere Parteien vernachlässigen					60		
Man weiß nicht mehr genau, wofür sie stehen					58		
Hat dem Ansehen Sachsen in den letzten Jahren geschadet (alle Befragten) <i>AfD-Wähler/-innen</i>						85	
						42	
Hat gezeigt, dass sie nicht zu ernsthafter politischer Arbeit fähig ist						83	
Ist eine demokratische Partei wie alle anderen auch (alle Befragten) <i>AfD-Wähler/-innen</i>						23	
						56	
Fände es gut, wenn sie weiterhin im Landtag ist						10	
Finde es gut, dass sie sich für Familien mit vielen Kindern einsetzt							62
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen (alle Befragten) <i>AfD-Wähler/-innen</i>							54
							89
Gut, dass es eine Partei gibt, die sich gegen den Euro ausspricht (alle Befragte.) <i>AfD-Wähler/-innen</i>							22
							75
Ist in vielen Fragen auf einer Linie mit der NPD							36
Spricht viele gute Dinge an, die es in der DDR gab (<i>nur AfD-Wähler/-innen</i>)							47

Diese Kompetenzzuschreibungen der eigenen Anhänger passen zu dem Ergebnis, dass knapp 2 von 5 AfD-Wähler_innen sagen, die Partei aus »Überzeugung« gewählt zu haben und mehr als die Hälfte, dass »Enttäuschung über andere Parteien« der Grund gewesen sei.

Die »Enttäuschung über andere Parteien« kann durchaus mehr beinhalten, als ihnen einen Denkkzettel verpassen zu wollen. Zwar meint die Mehrheit der Befragten, die AfD-Wahl sei vor allem eine Denkkzettel-Wahl und keine Überzeugungswahl, bei den AfD-Wählern fällt das Ergebnis für die Frage-Alternative Denkkzettel oder Überzeugung gänzlich anders aus als bei der Fragestellung von Infratest dimap (Enttäuschung über andere vs. Überzeugung):

Gibt die Auffassung aller Befragten noch Anlass zu der Annahme, die AfD-Wähler könnten zu anderen Parteien nach der Erteilung eines »Denkkzettels« zurückkehren, so scheint die Mehrheit der AfD-Wähler die Abkehr von der vorherigen Partei eher als endgültig zu betrachten.

4.6. Wähler/-innenwanderungsbilanz

Zur Berechnung der Wähler/-innenwanderungsbilanz werden anhand der Ergebnisse der Fragen nach aktueller und vorheriger Wahlentscheidung Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ (Wähler/-in pro Partei, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt haben) geschätzt. In der Wanderungsbilanz werden Zuzug und Wegzüge sowie neue Erstwähler/-innen und Verstorbene in der Bevölkerung berücksichtigt. Weiterhin wird die Gruppe der Nichtwähler/-innen einbezogen.

Genutzt werden für die Analyse amtliche Repräsentativstatistiken der letzten Wahlen, amtliche Bevölkerungsstatistiken, repräsentative Umfragen vor der Wahl und die Wahltagsbefragung.

Bei der letztlich vorgenommenen Wählerstromkonto-Berechnung für jede Partei werden die Einzelströme auf 1.000 gerundet. Dadurch ergeben sich Differenzen zum amtlich Endergebnis.

Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap spiegelt diese Befunde wieder. Die Tabelle ist wie folgt zu lesen: Die CDU kann naturgemäß mit der CDU keine Wähler/-innen austauschen. Wo CDU-Zeile und CDU-Spalte aufeinander treffen, ist demzufolge keine Zahl vermerkt. Die CDU gibt aber an die SPD 11.000 Wähler/-innen ab. Diese sind mit einem Minus-Zeichen (-) vermerkt. In der SPD-Zeile sind diese 11.000 Stimmen wiederum positiv saldiert.

Tabelle ...: Wähler/-innenwanderung bei der LTW Sachsen 2014

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	AfD	NPD	Andere	Nichtw.
CDU	-	4.000	-11.000	20.000	-1.000	-33.000	-3.000	1.000	-22.000
LINKE	-4.000	-	0	5.000	6.000	-15.000	-2.000	-1.000	-13.000
SPD	11.000	0	-	12.000	7.000	-8.000	1.000	-2.000	-5.000
FDP	-20.000	-5.000	-12.000	-	-3.000	-18.000	-4.000	-6.000	-20.000
Grüne	1.000	-6.000	-7.000	3.000	-	-3.000	-1.000	-7.000	1.000
AfD	33.000	15.000	8.000	18.000	3.000	-	13.000	39.000	16.000
NPD	3.000	2.000	-1.000	4.000	1.000	-13.000	-	2.000	-10.000
Andere	-1.000	1.000	2.000	6.000	7.000	-39.000	-2.000	-	-23.000
Nichtw.	22.000	13.000	5.000	20.000	-1.000	-16.000	10.000	23.000	-

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml> / Eigene Darstellung / * FDP (in Klammern)

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sie keine Auskunft über die den Zeitpunkt und die Gründe der Wanderung von der einen Partei zur anderen geben.

So kann die Bewegung zur AfD bereits bei der Bundestagswahl oder der Europawahl erfolgt sein, unter den AfD-Wähler/-innen können sich also viele befinden, die zum zweiten oder dritten Mal die AfD gewählt haben und nicht erst in den letzten Wochen von der CDU, der Linken oder einer anderen Partei abgewandert sind.

Die Wanderungsbilanz zeigt mehrere besonders bemerkenswerte Aspekte:

1. die CDU und die Linke haben ein »Problem« mit der AfD und der Mobilisierung der eigenen Wähler_innen;
2. die Wählerschaft der FDP splittet auf in Richtung CDU, in Richtung AfD/nationalliberales Lager und in Richtung, gutwillig interpretiert, in Richtung eines vermeintlichen sozialliberalen Lagers sowie in Wahlenthalter;
3. die AfD sammelt bei allen Parteien Stimmen ein, am meisten bei den Anhängern von

Kleinparteien, die vermutlich die Chance sehen, mit ihrer Stimmer eine Partei in den Landtag zu wählen, dann bei der CDU, am wenigsten Zulauf erhält sie von SPD und Grünen.

4.7. Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.

Tabelle: Wer wählte wen?

	CDU	LINKE	SPD	GRÜNE	AfD	NPD
<i>Alle</i>						
Wahlentscheidung nach Geschlecht						
Frauen	43	18	13	6	8	3
Männer	36	19	12	5	12	7
Infratest dimap						
Frauen	43	18	13	6	8	3
Männer	37	19	12	5	12	7
FGW						
Wahlentscheidung nach Alter						
Erstwähler	23	15	13	7	10	4
70 und älter	47	24	15	2	6	2
Infratest dimap						
Unter 30 Jahre	27	14	10	8	13	10
30-44 Jahre	36	13	13	9	11	7
45-59 Jahre	42	18	11	6	11	5
Über 60 Jahre	44	24	15	2	7	9
FGW						
Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit und Bildungsgrad						
Arbeiter	34	17	10	3	15	11
Angestellte	40	13	13	9	10	4
Selbständige	45	11	5	8	16	5
Rentner	43	26	14	3	6	3
Arbeitslose	26	28	9	6	13	11
Infratest dimap						
Arbeiter	40	19	11	3	11	8
Angestellte	39	19	14	7	9	3
Beamte	33	21	19	6	9	3
Selbständige	42	11	9	8	12	3
Hauptschule	50	20	10	2	6	6
Realschule	42	16	11	3	12	7
Abitur	33	19	14	7	10	3
Hochschule	32	23	16	10	8	2
FGW						
Wahlentscheidung nach Merkmal Spätentscheider						
Spätentscheider	23	14	11	8	12	10
Infratest dimap						

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile in wechselnder Autor/-innenschaft unter Federführung von Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de) als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahlnachlesen«

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Die Autor/-innen geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Wahlnachtberichte sind abrufbar unter:

<http://rosalux»Wahlnachtberichte«/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de>

Die Autoren dieses Berichts:

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler, Fellow am SCSC der University of Sussex und Geschäftsführer des Strategieberatungsunternehmens MehrWertConsult.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist, lebt in Berlin und arbeitet seit 2012 am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Wahlforschung, Sozialstruktur- und Klassenanalyse.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 31.08./01.09.2013 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *